



REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT  
REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-STADT

**Universität Basel**

**Bericht zur Leistungsperiode 2010 - 2013**

**Von den Regierungen verabschiedet am 28. April 2009**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>0. ZUSAMMENFASSUNG UND BEGEHREN</b>	<b>3</b>
<b>1. AUSGANGSLAGE</b>	<b>4</b>
<b>2. BILANZ DER ERSTEN LEISTUNGSPERIODE 2007 - 2009</b>	<b>4</b>
<b>3. WICHTIGSTE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE UNIVERSITÄT 2010 - 2013</b>	<b>5</b>
<b>4. LEISTUNGSaufTRAG 2010 - 2013 AN DIE UNIVERSITÄT BASEL</b>	<b>6</b>
<b>5. GLOBALBEITRAG 2010 - 2013 FÜR DIE UNIVERSITÄT BASEL</b>	<b>7</b>
5.1 Entwicklung der Einnahmen	8
5.2 Entwicklung der Kosten	8
5.3 Fazit	11
5.4 Sanierung der Pensionskassen der Universität	12

## 0. Zusammenfassung und Begehren

Die Universität Basel legt den Trägerkantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft ihren Antrag für den Globalbeitrag 2010 – 2013, die zweite Leistungsperiode auf der Basis des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität, vor. Der Antrag wird im Bericht der Universität ausführlich begründet. Mit Datum vom 7. April 2009 gibt der Bericht der Universität das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Regierungen der Trägerkantonen und der Universitätsleitung wieder, die auf der Basis einer ersten von der Universität vorgelegten Fassung vom Januar 2009 geführt wurden. Die jetzt von der Universität beantragten Beiträge entsprechen somit auch dem Antrag der beiden Regierungen an die Parlamente. Der Antrag sieht folgende Entwicklung der Trägerbeiträge im Verlauf der Leistungsperiode vor:

<b>Jahr</b>	<b>(in Mio. CHF)</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>Total</b>
Globalbeitrag BL		134.6	142.1	148.8	152.7	156.7	600.3
Globalbeitrag BS		132.5	141.2	148.4	152.9	157.3	599.8
Globalbeitrag BL und BS		267.1	283.3	297.2	305.7	314.0	1200.1
		<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	
Steigerung im Vgl. zu 2009		-	16.2	13.9	8.5	8.3	
Anteil BL		-	7.5	6.7	3.9	4.0	
Anteil BS		-	8.7	7.2	4.5	4.4	

Diese Beiträge sind notwendig, wenn die Universität in die Lage versetzt werden soll, ihre „Strategie 2007“ umzusetzen, die in der zugewandten Öffentlichkeit breite Unterstützung gefunden hat. Der Bericht der Universität gibt einen Rückblick über die bisherige Leistungsperiode, beschreibt die aktuelle Position der Universität im internationalen Forschungsumfeld und begründet auf dieser Basis den Bedarf für die nächsten vier Jahre. Die Umsetzung der Strategie mit diesen Beträgen setzt voraus, dass die dem Bericht der Universität zugrunde liegenden Annahmen einerseits auf der Ausgabenseite (insbesondere Teuerung) und andererseits bezüglich externer Einnahmen (insbesondere Bundessubventionen und Erträge aus interkantonalen Vereinbarungen) auch wirklich eintreffen. Diese Annahmen sind nach bestem aktuellem Wissen vorgenommen und zwischen Universität und den Regierungen abgeprochen worden.

Gestützt auf § 7 des Staatsvertrags, auf den Bericht der Universität und die folgenden Verhandlungen haben die Regierungen den Leistungsauftrag 2010 – 2013 für die Universität abgeschlossen und legen diesen gemäss § 19 des Staatsvertrags den Parlamenten zur Genehmigung vor (s. Beilage 1 des Ratschlags).

## **1. Ausgangslage**

Seit 1.1.2007 gilt der Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel. Mit dem Jahr 2009 endet die erste Leistungsperiode, die – um erste Erfahrungen zu sammeln - vorläufig auf drei Jahre festgelegt wurde. Zukünftig soll es jeweils vierjährige Leistungsperioden geben (§ 7 Universitätsvertrag). Gemäss Leistungsauftrag beantragt die Universität den Kantonen auf Basis einer detaillierten Vergangenheitsbetrachtung und ihrer strategischen Planung den Globalbeitrag 2010 - 2013 und bringt dabei allfällige Änderungswünsche am Leistungsauftrag vor.

## **2. Bilanz der ersten Leistungsperiode 2007 - 2009**

Mit dem vorliegenden Antrag für die neue Leistungsperiode zieht die Universität Bilanz über ihre bisherigen Leistungen, gibt einen umfassenden inhaltlichen und finanziellen Rückblick auf die laufende Leistungsperiode und nimmt eine Standortbestimmung vor (s. Beilage 3 des Ratschlags).

Ausserdem erstellt die Universität im Rahmen der üblichen Berichterstattung gemäss Staatsvertrag und Leistungsauftrag jeweils jährlich ein Leistungs- und Finanzreporting. Darin legt die Universität im Jahresrhythmus Rechenschaft über die Erfüllung der im Leistungsauftrag vorgegebenen Anforderungen ab. Der Bericht zum Jahr 2007 wurde von der Universität im Frühjahr 2008 vorgelegt, der Bericht zum zweiten Leistungsjahr erscheint demnächst und kann von den Parlamenten parallel zu dieser Vorlage behandelt werden. Eine Bilanz der gesamten Leistungsperiode ist naturgemäss erst mit dem Abschluss der Rechnung 2009 im Frühjahr 2010 möglich.

Die Berichterstattung der Universität bezieht sich in erster Linie auf das Erfüllen der Leistungsziele, die an bestimmten im Leistungsauftrag vorgegebenen Indikatoren gemessen werden. Einige Indikatoren brauchen Messreihen über mehrere Jahre, andere Indikatoren konnten und können aus bestimmten Gründen (bspw. vorerst fehlende Angaben des Bundesamts für Statistik) erst später gemessen werden. Dies war allerdings allen Beteiligten beim Verfassen des ersten Leistungsauftrags bewusst. Es ging bei der Definition von Leistungszielen und Indikatoren in erster Linie darum, eine grundlegende Form zu erarbeiten, die über einen längeren Zeitraum hinweg zu überprüfen und zu konsolidieren ist. Im Hinblick auf die zweite Leistungsperiode war zu analysieren, welche Anforderungen und Indikatoren nach wie vor sinnvoll sind, und welche zu überarbeiten sind.

Wie der Bericht der Universität zur neuen Leistungsperiode aufzeigt, sind sodann gewisse auf die Strategie der Universität gestützte Voraussetzungen überholt – am deutlichsten wegen des grundlegenden Wechsels vom früheren Konzept der „Makroschwerpunkte“ zum aktuellen der „Profilierungsbereiche“. Es sind nach wie vor die Profilierungsbereiche Kultur und Life Sciences, die im Mittelpunkt der universitären Strategie stehen und in denen sie das Potenzial sieht, einen Wettbewerbsvorteil gegenüber andern Bildungsinstitutionen und im Sinne des regionalen Standorts zu ziehen. Der Begriff „Profilierungsbereich“ ist jedoch offener und flexibler als derjenige der „Makroschwerpunkte“. Diese Strategie erlaubt es, auch möglichen Änderungen der universitären Forschungsperspektive Rechnung zu tragen, wenn sich neue Bereiche innerhalb der Universität erfolgreich entwickeln und international behaupten. Der Wechsel impliziert somit den Wandel weg von einer strikten Fokussierung auf die beiden Schwerpunkte hin zu einer flexibleren Ausgestaltung des universitären Angebots um

zwei Pole herum, bei der allerdings grössere Aufmerksamkeit auch auf das Angebot ausserhalb dieser Profilierungsbereiche gerichtet bleibt.

Soweit der Nachweis über die Erfüllung des ersten Leistungsauftrags nicht von den vorstehend ausgeführten Faktoren relativiert wurde, kann die Universität eine positive Bilanz ihrer ersten bikantonalen Leistungsjahre vorlegen. Der Bericht zum Jahr 2007 wurde von der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission IGPK geprüft und wiederum in einem Kommissionsbericht an beide Parlamente positiv gewürdigt. Die beiden Parlamente haben den Kommissionsbericht in ihrer Januarsitzung 2009 behandelt und formell zur Kenntnis genommen. Gesamthaft kann also festgestellt werden, dass die Universität gut in die gemeinsame Trägerschaft gestartet ist und die Bilanz der ersten Jahre der Leistungsperiode positiv ausfällt.

Dies liegt nicht zuletzt daran, dass trotz der kurzen Beurteilungszeit die wichtigste Anforderung des ersten Leistungsauftrags auf überzeugende Weise erfüllt wurde: Die Universität hatte es sofort an die Hand genommen, eine neue Strategie auszuarbeiten, zu veröffentlichen und mit der Umsetzung zu beginnen. Diese sogenannte „Strategie 2007“ ist universitätsintern wie universitätsextern intensiv behandelt worden und hat breiten Rückhalt erfahren. Die beiden Regierungen haben nicht zuletzt auch ihre weit reichenden Infrastrukturpläne für die Universität auf die Strategie 2007 der Universität abgestützt.

Die für die Jahre 2007 - 2009 fixierten Globalbeiträge haben es der Universität erlaubt, erste Schritte im Rahmen ihrer strategischen Ausrichtung 2007 vorzunehmen. Die Universität ist dabei haushälterisch mit ihren Mitteln umgegangen. Aufgrund der Hochrechnung kann in finanzieller Hinsicht ein ausgeglichenes Ergebnis der ersten Leistungsperiode erwartet werden. Dies ist um so positiver zu würdigen, als die Leistungsperiode von einem überdurchschnittlichen Wachstum der Studierendenzahlen sowie überdurchschnittlicher Teuerung geprägt ist.

### **3. Wichtigste Herausforderungen für die Universität 2010 - 2013**

Der Leistungsauftrag sieht vor, dass die Universität ihren Antrag für die neue Leistungsperiode so früh vorlegt, dass die Regierungen entsprechende Dispositionen in den Staatsbudgets vornehmen können und den Parlamenten genügend Zeit bleibt, um die betreffende Vorlage zu beurteilen. In ihrem Bericht gibt die Universität einen Rückblick über den bisherigen Verlauf der gemeinsamen Trägerschaft, analysiert sodann die gegenwärtige Position der Universität im nationalen und internationalen Umfeld, gibt einen Ausblick auf die anstehende Leistungsperiode und beantragt darauf gestützt die Mittel, die ihr über die Leistungsperiode 2010 - 2013 zur Verfügung stehen müssen, um ihre Strategie 2007 umzusetzen.

Die Universität hat sich in den letzten Jahren ausgesprochen dynamisch entwickelt. Das deutlich über dem Landesschnitt liegende Wachstum der Studierendenzahl belegt ihren Erfolg in der Lehre. Die Studierendenzahlen sind in den letzten sechs Jahren um 41% angestiegen. In der kompetitiven Forschung ist die Universität Basel mit einer steigenden Rate an Nationalfonds-Projekten und nationalen Forschungsschwerpunkten hervorgetreten. Sie gehört nach Aussage des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) in Bezug auf die Forschungsleistung zu den drei besten Universitäten der Schweiz (inkl. ETH), wies am meisten vom SNF finanzierte Projektmonate aus und war bei der Akquirierung von Fördermitteln aus europäischen Forschungsrahmenprogrammen am erfolgreichsten. Aufgrund dieser Per-

formance hat sie ihren Anteil an den Grundbeiträgen des Bundes zur Universitätsförderung in den letzten vier Jahren markant steigern können.

Für die Wirtschaftsregion stellt die Universität Basel einen herausragenden Standortfaktor dar. In der internationalen Hochschullandschaft findet derzeit eine Ausscheidung zwischen jenen Universitäten statt, die sich in der Forschung profilieren, und denjenigen, die sich auf die Bedürfnisse der Lehre beschränken. Die beiden Trägerkantone verfolgen sowohl aus der Tradition der Universität heraus wie aufgrund des regionalen Wirtschaftsumfelds dezidiert die Strategie, ihre Universität als Forschungsuniversität international in den vorderen Rängen zu positionieren. Diese Strategie impliziert eine Investition in den Erhalt bereits bestehender Stärken. Gezielt gestärkt werden müssen aber auch Bereiche mit derzeit verbesserungswürdiger Performance, weil sie zur Schärfung der Profilierung beitragen und eine hohe studentische Nachfrage ausweisen.

Die wichtigsten Herausforderungen für die Universität in der kommenden Leistungsperiode sind:

- der Erhalt einer weiterhin kompetitiven Position in den Life Sciences (Forschung),
- enge Betreuungsverhältnisse in Psychologie und Sozialwissenschaften (Qualitätsentwicklung der Curricula),
- die Aufrechterhaltung des Charakters als profiliertes Volluniversität (kritische Masse),
- Förderung der individuellen Exzellenz von Lehrkörper und Nachwuchs (Anreize, personales und infrastrukturelles Umfeld).

Zur detaillierten inhaltlichen Begründung der in der anstehenden Leistungsperiode benötigten zusätzlichen Mittel wird auf den Bericht der Universität verwiesen (s. Beilage 3 des Ratsschlags).

Bereits beim Verfassen des Berichts hat die Universität den Austausch mit den Bildungsdirektionen gesucht. Die die Medizinische Fakultät betreffenden Massnahmen wurden im Steuerungsausschuss Medizin (SAM) zwischen der Universität und den Gesundheitsdirektionen der beiden Trägerkantone ausgehandelt und einvernehmlich verabschiedet. Die Regierungen haben anschliessend den Bericht und Antrag der Universität in einem intensiven Dialog mit der Universität verhandelt.

Die Regierungen stimmen mit der Universität in der Einschätzung der Ausgangslage und der zu ergreifenden Massnahmen im Wesentlichen überein. Der Bericht der Universität bildete somit die massgebliche Grundlage für die Formulierung des Leistungsauftrags 2010 - 2013 durch die Regierungen.

#### **4. Leistungsauftrag 2010 - 2013 an die Universität Basel**

Mit Beginn der gemeinsamen Trägerschaft der Universität wurde der vorher allein vom Kanton Basel-Stadt verfasste Leistungsauftrag an die Universität grundlegend überarbeitet und den neuen Gegebenheiten angepasst. Der erste gemeinsame Leistungsauftrag an die Universität (2007 - 2009) wurde im Vorfeld der Parlamentsvorlage über die gemeinsame Trägerschaft im Rahmen der bikantonalen Projektorganisation erarbeitet, von den Regierungen beschlossen und den Parlamenten mit dieser Vorlage zur Genehmigung unterbreitet. Der Leistungsauftrag enthält einige grundlegende Ausführungen auch zur Universitätspolitik der

beiden Kantone und ergänzt die rein quantitativen Elemente und Indikatoren um inhaltliche Ausführungen, die den über das direkt Messbare hinausgehenden qualitativen Aspekten der Tätigkeit einer Universität Rechnung tragen sollen. Er wurde von den Parlamenten zusammen mit dem Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität mit grosser Mehrheit genehmigt.

Gemäss Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität bildet der Leistungsauftrag die Grundlage für das Bewilligen eines Globalbeitrags an die Universität. Er wird von den beiden Regierungen erlassen, wobei der Staatsvertrag die Konsultation des Universitätsrats explizit vorsieht. Aufgrund der laufenden Abstimmung zwischen den Bildungsdirektionen und der Universitätsleitung hat die Universität diese Konsultation positiv beantwortet. Im Zusammenhang mit der Genehmigung des Globalbeitrags an die Universität wird der Leistungsauftrag von den Parlamenten in globo genehmigt. Er stellt also einen einseitigen hoheitlichen Akt der Politik gegenüber der autonomen Universität dar, im Gegensatz zur früheren Leistungsvereinbarung, die von beiden Seiten unterzeichnet wurde.

Die grundsätzliche Anlage des Leistungsauftrags – insbesondere der Kombination von textlichen Ausführungen und rein quantitativ orientierten Indikatoren wurde auch für die Leistungsperiode 2010 ff. beibehalten. Sie hat sich in der Zwischenzeit bewährt und hat auch positive Würdigung in der Schweizerischen Hochschullandschaft gefunden. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen wurde der Leistungsauftrag allerdings gekürzt und die Zahl der Indikatoren von 14 auf 12 verringert. Einzelne Indikatoren wurden durch aussagekräftigere ersetzt. Mit der inzwischen möglichen und auch in den Leistungsauftrag aufgenommenen vertieften Analyse der Forschungspräsenz der Universität erhöht sich die Aussagekraft auch bezüglich der qualitativen Faktoren. Solche Umstellungen sollen allerdings zukünftig möglichst vermieden werden. Denn wie bereits vorgängig festgestellt, sind Indikatorenmessungen nur sinnvoll, wenn man ihre Entwicklung über eine längere Zeitdauer beobachten und vergleichen kann.

Der Leistungsauftrag 2010 - 2013 wurde schon wie der aktuelle von den beiden Bildungsdirektionen vorbereitet und anschliessend mit der Universitätsleitung abgesprochen. Es ist sichergestellt, dass er auf beiden Seiten gleich verstanden wird. Die darin enthaltenen Entwicklungsziele dürfen als ambitiös angesehen werden – nicht zuletzt auch, weil die Universität Jahre intensiver Entwicklung hinter sich hat. Sie sollten aber eingehalten werden können, wenn die Betriebsmittel wie vorgesehen erhöht werden und die verschiedenen, dem Leistungsauftrag zugrunde liegenden Annahmen sich als grundsätzlich richtig erweisen.

## **5. Globalbeitrag 2010 - 2013 für die Universität Basel**

In ihrem Bericht und Antrag über die Leistungsperiode 2010 - 2013 legt die Universität ausführlich die Entwicklung ihrer Finanzen in der zurückliegenden Leistungsperiode dar und begründet eingehend ihren Bedarf für die Jahre 2010 - 2013. Die zugrundeliegenden Annahmen entsprechen dem Wachstumsszenario „MIDI“ der Universität, das auch die Basis für die Campusplanung bildet. In den Kapiteln IV und V des Berichts werden die finanziellen Implikationen der Umsetzung der Strategie 2007 dargelegt.

Der Antrag der Universität vom Januar 2009 wurde von den Hochschulverantwortlichen und Vertretern der Finanzdirektionen beider Kantone eingehend geprüft, sowohl im Rahmen der jeweiligen kantonalen Mitberichtsverfahren als auch innerhalb der bikantonalen Projektorganisation für die Partnerschaftsverhandlungen. Dabei wurden an bestimmten im Bericht der

Universität ausgeführten Positionen Korrekturen vorgenommen. Dies weniger, weil diese Positionen an sich in Frage gestellt wurden, sondern weil die kantonalen Experten von anderen Annahmen oder Berechnungsmethoden ausgingen. Teilweise gingen sie dabei von etwas optimistischeren Zukunftsszenarien resp. Einnahmeerwartungen aus. Auf diese Weise wurden Korrekturen an den Positionen Teuerung über die Dauer der Leistungsperiode und Liegenschaftsunterhalt vorgenommen. Mit diesen Adaptionen ist der Globalbeitrag an die Universität als „eng angelegt“ zu bezeichnen, wenn ihr die Umsetzung der Strategie möglich sein soll. Auch mit diesen Korrekturen bleiben die Steigerungen der Trägerbeiträge allerdings substantiell. Sie ergeben sich aus nachstehenden Kostenfaktoren.

## **5.1 Entwicklung der Einnahmen**

Die Möglichkeit, über eine Steigerung der Studierendenzahl die Einnahmen aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung zu erhöhen, ist weitgehend ausgeschöpft. Die Universität sieht nochmals von einem hohen Ausgangsniveau aus Steigerungen der IUV-Einnahmen – aber in geringerem Ausmass als bisher – vor.

Auch einer Steigerung der Grundbeiträge des Bunds sind Grenzen gesetzt. Die BFI-Botschaft des Bundesrats kündigt eine lediglich verhaltene Entwicklung an, es ist zu befürchten, dass mit verschiedenen Kreditbeschlüssen diese Entwicklung noch weiter beeinträchtigt wird. Die Universität konnte in den zurückliegenden Jahren überdurchschnittlich Grundbeiträge generieren, eine Gegebenheit, die vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF in ihrem Mitteilungsblatt explizit anerkannt wird:

*„Die augenscheinlich steilste Kurve lässt sich schliesslich für die Universität Basel ausmachen. Sie hat die gemäss UFG zugesprochenen Grundbeiträge von gut CHF 58 Mio. im Jahr 2004 auf knapp CHF 68 Mio. im Jahr 2007 steigern können. Der Grund für dieses markante Plus von beinahe CHF 10 Mio. liegt im Umstand, dass die Universität am Rheinknie bei den Studierendenzahlen vor allem im Vergleich mit den anderen grossen Universitäten ein bemerkenswertes Wachstum verzeichnet und zudem bei verschiedenen der oben erwähnten Bemessungskriterien der Forschungsleistung zu den drei besten zählt. Sie hatte im Jahr 2007 beispielsweise die dritthöchste Zahl ausländischer Studierender, sie wies am meisten vom SNF finanzierte Projektmonate aus und war auch bei der Akquirierung von Fördermitteln aus europäischen Forschungsrahmenprogrammen am erfolgreichsten.“ (SBF News 01/2009)*

Die weitere Entwicklung kann nicht ohne weiteres auf diesem überdurchschnittlichen Niveau fortgerechnet werden.

Bei den Drittmitteln budgetiert die Universität zwar - ausgehend von einem bereits hohen Niveau - eine weitere Steigerung. Die Drittmittel sind jedoch befristet und projektbezogen einzusetzen und entlasten deshalb das laufende Betriebsbudget nicht. Aus der Sicht der Universitätsleitung wie der Träger bilden sie eine kosten- und aufwandsneutrale Grösse.

## **5.2 Entwicklung der Kosten**

Die Entwicklung der Kosten, d.h. des Gesamtaufwands der Universität über die Leistungsperiode, wird im Bericht der Universität dargelegt und mit verschiedenen Annahmen und Berechnungen ausführlich begründet. Die Finanzexperten und Hochschulverantwortlichen der beiden Kantone haben die einzelnen Positionen – wie bereits dargelegt – eingehend geprüft.

In den meisten Positionen konnten die kantonalen Experten den Einschätzungen der Universität folgen. Wo andere Annahmen oder Berechnungsmethoden zum Zug kamen, wird dies nachstehend kurz begründet. Im Bericht der Universität ist sowohl der ursprüngliche, wie auch der nach Verhandlung mit den Regierungsvertretern adaptierte Antrag transparent ausgewiesen.

Die Auswirkung der Korrektur der Exekutivseite lassen sich in folgende Tabelle zusammenfassen:

Jahr	Antrag Uni CHF Mio.	Beschluss RR CHF Mio.
2010	287,1	283,3
2011	302,1	297,2
2012	312,1	305,7
2013	322,1	314,0

Annahmen zu den Aufwandsenkungen der Regierungen:

	2010 CHF Mio.	2011 CHF Mio.	2012 CHF Mio.	2013 CHF Mio.
Teuerung	- 1,1	- 2,2	- 3,4	- 4,6
Immobilienfonds / SUK-Standards	- 1,5	- 1,5	- 1,5	- 1,5
Immobilienfonds / Bundeseinnahmen	- 1,2	- 1,2	- 1,5	- 2,0
Total	- 3,8	- 4,9	- 6,4	- 8,1

Eine Übersicht der wesentlichen Aufwands- und Ertragspositionen der Universität und die sich daraus ableitenden Trägerbeiträge findet sich im Anhang.

### 5.2.1 Teuerung

Die Entwicklung der Teuerung wird in der vierjährigen Leistungsperiode massgebliche Mittel fordern. Die Universität hatte die bereits dem Staatsvertrag zugrunde liegende Teuerungsannahme von durchschnittlich 1.5 % p.a. auf den Personalkosten fortgeschrieben. Zusätzlich hatte sie – ebenfalls bezogen auf das Kostenvolumen der Personalkosten – eine Sachteuerung von 0.5 % p.a. berücksichtigt. Denn jenseits der Gepflogenheit der Kantone, lediglich Personalkosten aufzuteuern, ist sie real mit einer Inflation auch bei den Sachkosten konfrontiert (insbesondere Apparate, EDV, Bibliotheksmittel, Fremdmieten). Mit ihrer Schätzung gelangte die Universität auf eine Teuerung des gesamten Budgets von knapp 1 %.

Die Regierungen anerkennen die Sachkostenteuerung durchaus, halten aber aus grundsätzlichen Erwägungen am Prinzip der Aufteuerung lediglich der Personalkosten fest. Dies lässt sich umso mehr verantworten, als dass in den nächsten beiden Jahren, also der ersten Hälfte der Leistungsperiode, eigentlich von einer Nullteuerung ausgegangen werden kann. In diesem Sinne wird die Universität gewisse Reserven aufbauen können, um die allenfalls höheren Teuerungsraten der zweiten Hälfte zu begleichen. Ein Verzicht auf die Sachkostenteuerung senkt den Anstieg der jährlichen Teuerung auf 0,72 %. Es muss allerdings einge-

räumt werden, dass diese Position nun mit gewissen Unwägbarkeiten verbunden ist. Die beiden Regierungen vertreten allerdings angesichts der sich verdüsternden Finanzperspektiven die Auffassung, dass analog zu den Vorgaben für die Kantonsverwaltungen auch die Universität die Sachteuerung mit Produktivitätsfortschritten auffangen sollte.

### **5.2.2 Immobilienunterhalt**

Die Universität hatte in ihrem Antrag vom Januar den Unterhalt der Immobilien – durchaus korrekt – an real zu erwartende Kostenentwicklungen geknüpft. Diese wurden mit dem so genannten Immobilienverwaltungssystem „Stratus“ errechnet, das die Universität wie etwa auch die ETHZ benutzt. Nach Staatsvertrag sind allerdings die Standards der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) massgeblich. Diese orientieren sich an schweizerischen Durchschnittswerten und liegen deshalb etwas tiefer als die Stratusstandards. Da beide Regierungen die Standards des Staatsvertrags als massgeblich betrachten, wurden die Unterhaltskosten um CHF 1,5 Mio. jährlich gesenkt. Es bleibt allerdings eine deutliche Steigerung der Zuwendungen an den Immobilienfonds, die es erlaubt mehr Mittel als bisher für Unterhalt und Erneuerung der von der Universität genutzten Immobilien einzusetzen.

### **5.2.3 Bundessubventionen für Immobilienunterhalt**

Der Antrag der Universität vom Januar hat keine Einnahmen von Bundeseite ausgewiesen. Die Vertreter beider Regierungen sind jedoch der Auffassung, dass mit richtigem Projektmanagement Bundeseinnahmen generiert werden können, wie nicht zuletzt auch der Jahresabschluss 2007 zeigt. Ausgehend vom Bericht der Universität wurden deshalb Bundeseinnahmen von CHF 1.2 Mio. (2010) ansteigend auf CHF 2 Mio. (2013) eingesetzt und die Trägerbeiträge entsprechend gesenkt.

Die übrigen Kostenschätzungen der Universität wurden als korrekt eingestuft und bestätigt:

### **5.2.4 Ersatzbeschaffungen und Nachholbedarf**

(Bericht der Universität, S. 27, Ziff. 3.2)

Über den Immobilienunterhalt hinaus schlagen die infrastrukturellen Massnahmen im Apparat- und EDV-Bereich zu Buche. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Neu- und Ersatzbeschaffungen in einem Umfeld mit hohem Innovationsrhythmus. Um sich in der internationalen Konkurrenz in den vorderen Rängen zu behaupten, muss die Universität über zeitgemässe Infrastrukturen und Apparate verfügen. Dieser Faktor spielt nicht zuletzt bei der Anwerbung von Spitzenkräften der Forschung eine ausschlaggebende Rolle.

### **5.2.5 Medizinische Lehre und Forschung**

(Bericht der Universität, S.28, Ziff. 3.3)

Für die medizinische Lehre und Forschung und deren Zusammenspiel mit der Dienstleistung an den universitären Kliniken der beiden Kantone sind wegen des Wettbewerbs der (spitzen)medizinischen Standorte ebenfalls erhöhte Mittel vorzusehen.

### **5.2.6 Strategisch einsetzbare Mittel**

(Bericht der Universität, S. 33, Ziff. 6)

Nicht zuletzt muss für eine insgesamt vierjährige Leistungsperiode ein gewisser strategischer Freiraum zur Umsetzung der Strategie 2007 vorgesehen werden. Damit kann der Universitätsrat seinen eigentlichen Auftrag, der Umsetzung der Strategie der Universität Basel, nachkommen. Solche nicht von Anfang an gebundenen Mittel können bspw. eingesetzt werden,

um Betreuungsverhältnisse bei plötzlich steigenden Studierendenzahlen in einzelnen Fächern zu beheben, oder um mit gezielten Investitionen die Forschungsschwerpunkte zu stärken.

### 5.3 Fazit

Die unter Ziffer 5.2 genannten Kostenfaktoren, die grossteils aus Sicht der Universität gebundene Mittel darstellen, erfordern unter Berücksichtigung der unter Ziff. 5.1 dargestellten Einnahmensituation eine Erhöhung des jährlichen Trägerbeitrags von CHF 267 Mio. (2009) ansteigend über die Jahre auf CHF 314 Mio. (2013).

<b>Jahr</b>	<b>(in Mio. CHF)</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>Total</b>
Globalbeitrag BL		134.6	142.1	148.8	152.7	156.7	600.3
Globalbeitrag BS		132.5	141.2	148.4	152.9	157.3	599.8
Globalbeitrag BL und BS		267.1	283.3	297.2	305.7	314.0	1200.1

Im Vergleich zum Jahr 2009 ergibt sich folgende Steigerung der Trägerbeiträge:

<b>Jahr</b>	<b>(in Mio. CHF)</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>
Steigerung im Vgl. zu 2009		-	16.2	13.9	8.5	8.3
Anteil BL		-	7.5	6.7	3.9	4.0
Anteil BS		-	8.7	7.2	4.5	4.4

Eine Übersicht der wesentlichen Aufwands- und Ertragspositionen der Universität und die sich daraus ableitenden Trägerbeiträge findet sich im Anhang (Kostentabelle 2007 - 2013).

Diese an sich beeindruckende Steigerung ist allerdings im Zusammenhang mit dem Bruttobudget der Universität zu beurteilen (rund CHF 600 Mio. inklusive Drittmittel). Gesamthaft steigt der Bedarf der Universität (Nettovollkosten ohne Drittmittel) von CHF 449 Mio. (2009) auf CHF 491 Mio. (2013) an. Von letzterem Beitrag generiert die Universität einen Erlös von CHF 209,3 Mio. p.a., das sind CHF 19.2 Mio. mehr als 2009. Aufgrund der unter 5.1 beschriebenen zurückliegenden dynamischen Entwicklung und des verhaltenen Umfelds ist dieser Eigenbeitrag als verhältnismässig anspruchsvoll zu taxieren. Der Trägerbeitrag 2013 wird CHF 46.9 Mio. höher liegen als der Trägerbeitrag 2009. Dies entspricht dazumal 9.4% des Aufwands (ohne Drittmittel). Zur Beurteilung dieses Anteils ist neben den vorgeannten Faktoren in Betracht zu ziehen, dass die Studierendenzahl in den letzten sechs Jahren um rund 41% angestiegen ist und gemäss Prognosen des BfS sowie Planungen der Universität wie der Kantone in den nächsten Jahren jährlich um weitere 3% ansteigen soll (Szenario MIDI, das auch den Infrastrukturplanungen zugrunde liegt).

Die Berechnung und Aufteilung der Trägerbeiträge erfolgt gemäss den Parametern des Staatsvertrags. Sie entspricht im Jahr 2010 mit 49.8% BS und 50,2% BL praktisch dem Status quo (2009: 49.6% BS; 50.4% BL). Über die Jahre nimmt dann der BS-Beitrag leicht zu und wird im Jahr 2013 50.1%) sogar etwas grösser als jener von BL (49.9%). Dies ist auf den ersten Blick erstaunlich, weil die Studierendenverhältnisse zwischen BS und BL nach wie vor BL-lastig sind. Das Phänomen lässt sich in erster Linie mit dem Standortfaktor von 10% zulasten des Kantons Basel-Stadt erklären, der im Rahmen der Verhandlungen zum Staatsvertrag festgesetzt wurde und in der Berechnungsformel für die Aufteilung der Trägerbeiträge zwischen den beiden Kantonen zum Tragen kommt. Der Standortfaktor bleibt für die Jahre 2007-2017 auf dem Niveau von 10%, anschliessend nimmt er auf 5% ab. Für die Periode 2010 – 2013 gelten gemäss Staatsvertrag die Studierendenzahlen 2006 - 2008. Je mehr bei gleich bleibender Studierendenquote die Trägerbeiträge zunehmen, desto stärker wirkt sich der Standortfaktor bei der Aufteilung des so genannten „Restdefizits“ aus. Diese Tendenz wird - wenn auch marginal - durch die im Vorfeld des Staatsvertrags ausgehandelte Abfederung noch verstärkt.

#### **5.4 Sanierung der Pensionskassen der Universität**

Gemäss Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität wurde für die Universität im Verlaufe der ersten Leistungsperiode eine Vorsorgelösung eingeführt, die den BS/BL-Standards entspricht. Die in verschiedenen Kassen Versicherten wurden neu in zwei Pensionskassen zusammengeführt. Unbefristet Angestellte sind seit 1.1.2008 im Leistungsprimat bei der PKBS versichert, allerdings mit eigenem Vorsorgeplan und ab 1.1.2009 mit einem von der Pensionskasse für die Staatsangestellten des Kantons BS abweichenden Leistungsprofil. Befristet Angestellte sind im Beitragsprimat bei der BLPK versichert. Der Übertritt der Versicherten in diese neuen Versicherungslösungen wurde auf Beginn 2008 zu 100% ausfinanziert.

Wie bei den Pensionskassen der Kantonsangestellten ist auch bei den Anschlussverträgen der Universität bei der PKBS und der BLPK aufgrund der Finanzkrise die Deckungsbeiträge erheblich gesunken. Das Gesetz für die Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt erfordert zwingend eine Sanierung bei der Unterschreitung eines Deckungsgrades von 95% (unter Beteiligung der Arbeitnehmenden). Bei der BLPK ist eine sofortige Lösung weniger zwingend, dennoch ist auch dort mit Massnahmen zu rechnen.

Die Regierungen sind übereingekommen, den Arbeitgeberanteil an allfälligen Sanierungen beider Pensionskassen gemäss Finanzierungsquote zu tragen. Diese Kosten wären sinnvollerweise in den Globalbeitrag 2010 – 2013 zu integrieren. Zum gegebenen Zeitpunkt lassen sie sich allerdings nicht abschätzen. Die Geschäftsleitungen der beiden Pensionskassen müssen erst die Ausgangslage analysieren und entsprechende Entscheide zur Sanierung ihrer Kasse fällen. Davon abgeleitet lässt sich sodann berechnen, welche Kosten für den Arbeitgeberanteil für die Universität im Verlauf der Leistungsperiode entstehen und in welchen Jahrestanchen bzw. über welchen Zeitraum eine Sanierung vollzogen werden soll.

Die Regierungen weisen deshalb darauf hin, dass den Parlamenten im Verlauf der Leistungsperiode 2010 – 2013 für diese Kostenposition möglicherweise zusätzliche Beiträge beantragt werden müssen.

Anhang:  
Kostentabelle zum Ausweis der Trägerbeiträge 2007 - 2013

## Anhang: Kostentabelle Universität 2007 - 2013, Ausweis der Trägerbeiträge

Kostentabelle

Pos.	Universität Basel in Mio. CHF	P 2007 <sup>1)</sup>	R 2007	P 2008 <sup>1)</sup>	R 2008	P 2009 <sup>1)</sup>	B 2009	P 2010	P 2011	P 2012	P 2013
1	Personal- und Sachaufwand, übriger Aufwand	348.1	376.2	352.6	384.3	357.9	398.4	419.2	432.1	440.9	448.7
2	Total Liegenschaftsaufwand	48.6	46.9	48.7	56.6	48.8	63.4	65.6	66.6	64.7	64.7
3	Klinische Lehre und Forschung	79.0	79.0	79.8	79.8	80.6	80.6	81.6	82.5	83.5	84.5
4	Vollkosten ohne Massnahmen	475.7	502.1	481.1	520.6	487.3	542.4	566.3	581.2	589.1	597.9
5	Option Massnahmen	17.0	0.0	22.0	0.0	26.0	0.0	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0
6	<b>Vollkosten</b>	<b>492.7</b>	<b>502.1</b>	<b>503.1</b>	<b>520.6</b>	<b>513.3</b>	<b>542.4</b>	<b>563.3</b>	<b>578.2</b>	<b>586.1</b>	<b>594.9</b>
7	./. Erlös (ohne Trägerschafts- und Drittkantone)	-182.7	-202.9	-185.7	-204.6	-188.7	-190.1	-193.7	-199.3	-204.2	-209.3
8	<b>Nettovollkosten</b>	<b>309.9</b>	<b>299.3</b>	<b>317.5</b>	<b>316.1</b>	<b>324.6</b>	<b>352.3</b>	<b>369.6</b>	<b>378.9</b>	<b>381.9</b>	<b>385.6</b>
9	./. Nettovollkosten Studierendenanteil BL	-68.2	-66.4	-69.8	-69.6	-71.4	-75.8	-73.0	-74.9	-75.5	-76.2
10	./. Nettovollkosten Studierendenanteil BS	-52.3	-50.2	-53.5	-53.3	-54.7	-60.1	-56.4	-57.8	-58.3	-58.8
11	./. Ertrag von anderen Kantonen (IUV)	-54.5	-65.3	-55.0	-68.2	-56.0	-70.0	-71.0	-72.0	-72.5	-73.0
12	./. Defizit-/Überschussanteil Universität (Eigenkapital/Rücklagen)	-2.5	19.0	-1.3	13.3	-1.4	-15.2	-15.3	-9.7	-3.7	1.4
13	<b>Restdefizit</b>	<b>132.5</b>	<b>136.3</b>	<b>137.8</b>	<b>138.3</b>	<b>141.0</b>	<b>131.2</b>	<b>153.9</b>	<b>164.5</b>	<b>171.9</b>	<b>179.0</b>
14	./. Ermässigung Standortvorteil z.L. BS (10%)	-13.3	-13.6	-13.8	-13.8	-14.1	-13.1	-15.4	-16.5	-17.2	-17.9
15	./. Abfederung	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.5	-0.5	-0.4	-0.3	-0.2	-0.1
16	<b>Restdefizit abzüglich Standortvorteil BS</b>	<b>118.6</b>	<b>122.1</b>	<b>123.5</b>	<b>123.9</b>	<b>126.5</b>	<b>117.6</b>	<b>138.1</b>	<b>147.8</b>	<b>154.6</b>	<b>161.0</b>
17	Anteil Restdefizit BL (50%)	-59.3	-61.0	-61.7	-61.9	-63.2	-58.8	-69.1	-73.9	-77.3	-80.5
18	Anteil Restdefizit BS (50%)	-59.3	-61.0	-61.7	-61.9	-63.2	-58.8	-69.1	-73.9	-77.3	-80.5
19	<b>Total Beiträge BL</b>	<b>127.5</b>	<b>127.5</b>	<b>131.6</b>	<b>131.6</b>	<b>134.6</b>	<b>134.6</b>	<b>142.1</b>	<b>148.8</b>	<b>152.7</b>	<b>156.7</b>
20	<b>Total Beiträge BS</b>	<b>125.5</b>	<b>125.5</b>	<b>129.6</b>	<b>129.6</b>	<b>132.5</b>	<b>132.5</b>	<b>141.2</b>	<b>148.4</b>	<b>152.9</b>	<b>157.3</b>
21	<b>Gesamtbeiträge BL und BS</b>	<b>253.0</b>	<b>253.0</b>	<b>261.2</b>	<b>261.2</b>	<b>267.1</b>	<b>267.1</b>	<b>283.3</b>	<b>297.2</b>	<b>305.7</b>	<b>314.0</b>

1) Die Werte in den Spalten P 2007, P 2008 und P 2009 entsprechen der Zahlenbasis, wie sie der ersten Leistungsperiode zugrundegelegt wurden (vgl. S. 21, Bericht zum Staatsvertrag von den Regierungen verabschiedet am 27. Juni 2006)